



**„Geistige Brandstifter
- nicht in unseren Reihen!“**

Handlungsempfehlungen
für die Feuerwehren im Umgang mit Rechtsextremismus

FREISTAAT
THÜRINGEN



Inhalt	Seite
Vorwort	4
Einleitung	6
1. Das grundsätzliche Spannungsverhältnis von Demokratie und Rechtsextremismus	7
2. Strategien der extremen Rechten	10
3- Serviceteil:	12
3.1 Mit was ist zu rechnen? Was ist zu tun?	12
3.2 Gezielte Unterwanderung	14
3.3 Beiläufige Unterwanderung	15
4- Prävention:	18
4.1 Wie reagiere ich auf rechtsextremistische Äußerungen bei Veranstaltungen der Feuerwehr, an Stammtischen, auf Kameradschaftsabenden?	18
4.2 Wie erkenne und wie reagiere ich auf Szenekleidung?	22
4.3 Welche Maßnahmen ergreife ich, wenn ich erkenne, dass Kameraden für rechtsextreme Tendenzen empfänglich werden?	22
5- Sonstiges:	24
5.1 Wer soll bei Vorkommnissen unterrichtet werden?	24
5.2 Welche Schulungsmöglichkeiten bestehen und wer sind die Ansprechpartner?	25
6. Adressen und Beratung	26



Liebe Kameradinnen und Kameraden der Thüringer Feuerwehren,

mit Ihrem Einsatz und Ihrem Engagement sind Sie ein wichtiger und unverzichtbarer Partner für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Thüringen. Ob Brandbekämpfung oder immer mehr die allgemeine Hilfeleistung – Sie löschen, retten, bergen und helfen zu jeder Zeit. Für Ihren schnellen und kompetenten Einsatz genießen Sie zu Recht hohes Ansehen.

Dieses hohe Ansehen macht die Feuerwehren bzw. die Feuerwehrvereine leider auch für solche Menschen interessant, die extremistische Ideologien oder ein rassistisches Menschenbild verbreiten. Distanzieren Sie sich von solchen Personen und dulden Sie keine geistigen Brandstifter in Ihren Reihen! Sie dabei zu unterstützen, ist das Ziel dieser Broschüre.

Durch die Zusammenarbeit von Thüringer Innenministerium und Thüringer Feuerwehrverband sowie dem Soziologen Dr. Rainer Erb vom Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin entstand der vorliegende Handlungsleitfaden. Dieser Leitfaden soll Ihnen helfen, extremistisches Gedankengut zu erkennen, sich damit auseinanderzusetzen und es abzuwehren. Ihnen werden

dazu in dieser Broschüre Informations-, Argumentations- und Handlungsmöglichkeiten für den Umgang mit Extremisten aufgezeigt. Zudem werden Ansprechpartner benannt, die Sie gerne im Einzelfall beraten und Ihre Fragen beantworten.

„Die Verteidigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung erfordert die entschlossene Auseinandersetzung mit allen Gegnern dieser Ordnung.“ Dieser Satz stammt aus dem Koalitionsvertrag und verdeutlicht, dass die Landesregierung zum wirksamen Vorgehen gegen Extremismus und Gewalt entschlossen ist. Die Grundlage ihres Handelns bildet die von allen Fraktionen getragene Erklärung des fünften Thüringer Landtags für ein demokratisches, tolerantes und weltoffenes Thüringen.

Lassen Sie uns gemeinsam den geistigen Brandstiftern den Nährboden entziehen.

Prof. Dr. Peter M. Huber
Thüringer Innenminister

Einleitung:

Am Anfang steht oft Verunsicherung, wenn sich Feuerwehrangehörige, Vereinsmitglieder oder Kommunalvertreter mit professionell agierenden Rechtsextremisten konfrontiert sehen. Deshalb will diese Handreichung helfen, sich zu informieren und vorzubereiten.

Jeder hat ein Verständnis davon, was anständig ist und was als unanständig zu missbilligen ist. Verlassen Sie sich auf Ihren inneren Kompass. In vielen Situationen benötigt man keine Experten, in anderen schon. Holen Sie sich Rat. Unterschätzen Sie die Aufgabe nicht. Überschätzen Sie aber auch nicht die Schwierigkeiten. Die rechtsextreme Ideologie ist im Grunde ein kümmerliches Konglomerat von überholten Aussagen. Die Rechtsextremisten setzen auf „Blut und Boden“ und nicht auf „Bits und Bytes“. Die Ewiggestrigen verbreiten die totalitäre Versuchung des 20. Jahrhunderts, um das 21. Jahrhundert zu regieren.

Die Schwierigkeit im Umgang mit ihren Anhängern liegt nicht auf inhaltlichem Gebiet, vielmehr in der Dogmatik der Rechtsextremisten, die sie nahezu unbelehrbar und kaum durch rationale Einwände beeinflussbar macht.

Geduld, Ausdauer, ein demokratisches Selbstbewusstsein, auch Schlagfertigkeit und Verblüffungsresistenz angesichts des Unsinns, den Sie zu hören bekommen, sind nötig. Ein Patentrezept gibt es nicht. Vielmehr ist die kontinuierliche Aufklärung und die konstruktive Zusammenarbeit mit Behörden, Initiativen und Beratungsteams notwendig.

Weder soll man den Rechtsextremismus verniedlichen, noch ihn rhetorisch verteufeln. Im ersten Fall würde man ihn unterschätzen, im zweiten Fall stärker machen, als er tatsächlich ist. Am besten helfen politisch informierte Argumente, welche den Blick schärfen für das, was vorgeht.

Niemand tritt der Freiwilligen Feuerwehr bei, um sich politisch zu bilden. Der wichtigste Grund ist, Menschen zu helfen und Güter zu retten. Aber: Die Feuerwehr ist kein politisches Niemandsland. Die Feuerwehrleute sind keine entpolitisierten Menschen, die lediglich geschult sind, mit Technik umzugehen. Wo sich Mannschaftsgeist und Teamwork entwickeln, wo Fair Play, Mitverantwortung, Vielfalt statt Monokultur gelebt wird, wo solidarisches Helfen als persönlichkeitsbildendes Grundmuster erfahren wird, wo Geselligkeit praktiziert, wo Abmachungen getroffen und eingehalten werden, wo Sanktionen greifen, wenn jemand die Vorgaben verletzt, wo Ärger und Frustrationen entstehen, verarbeitet oder auch in Aggressionen umgeleitet werden, kurz wo Menschen zu einem gemeinsamen Zweck zusammenkommen, da erlebt man politische Bildung pur!

1. Das grundsätzliche Spannungsverhältnis von Demokratie und Rechtsextremismus

Zu den Grundprinzipien des demokratischen Verfassungsstaats zählen der Schutz der persönlichen Freiheitssphäre des Bürgers durch rechtliche Garantien, die ihn vor staatlicher Gängelung bewahren sollen, die Gewaltenteilung zur Verhinderung von Machtmissbrauch sowie die Garantien zur Teilhabe an politischen Angelegenheiten (Wahlrecht, Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit). Die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie ist pluralistisch ausgerichtet, da sie die Vielfalt von Meinungen und Interessen anerkennt und schützt, auch wenn sie der Mehrheit oder der Regierung missfallen sollten. Weltanschauliche Toleranz und friedliche Austragung von Konflikten sind zentrale Voraussetzungen für das Zusammenleben der Menschen.

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland ist nicht nur ein formales Regelwerk. Es bekennt sich zu Werten, denen es eine besondere Bedeutung einräumt und die es nicht zur Disposition gestellt wissen will. Zu diesen Werten zählen vor allem die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung und das Mehrparteienprinzip.

Wer diese fundamentalen Werte bekämpft, der gilt als Verfassungsfeind (politischer Extremist). Gegen ihn setzt sich der freiheitliche Staat als streitbare Demokratie zur Wehr. Auch Rechtsextremisten besitzen alle politischen Freiheitsrechte. Aber wenn sie die Möglichkeiten, die ihnen die rechtsstaatliche Demokratie einräumt, zum Versuch missbrauchen, die Demokratie zu beschädigen oder gänzlich abzuschaffen, ist die Grenze der Duldung erreicht. Allerdings dürfen die Demokraten im Kampf mit den Anti-Demokraten ihre eigenen Grundsätze nicht aufs Spiel setzen (Feuer mit Feuer bekämpfen). Die wehrhafte Demokratie, die kein Nachtwächterstaat sein will und sich gegen seine totalitären Gegner zur Wehr setzt, steht vor einem Dilemma. Einerseits gilt: Keine Toleranz für die Intoleranz. Aber im Kampf gegen ihre Feinde darf die freiheitliche Ordnung nicht ihr eigenes Wesen verleugnen. Deshalb nimmt sie eine sorgfältige Gefahrenanalyse vor und macht von ihren repressiven Instrumenten nur selten Gebrauch, um nicht die liberalen Maßstäbe auf autoritäre Weise zu beschädigen.

Rechtsextremisten lehnen fundamentale Grundsätze der Demokratie ab. Diese Ablehnung ist nicht sofort auf jedem Wahlplakat oder auf jedem Flugblatt zu erkennen, aber das Studium ihrer Programmschriften und die Reden ihrer Anführer zeigen, dass sie an Stelle der Gleichheit und Freiheit aller Menschen das völkische Kollektiv setzen („Du bist nichts, Dein Volk ist alles“). An Stelle des Pluralismus der Meinungen und des Wettbewerbs der Parteien fordern sie die Volksgemeinschaft, den Einparteienstaat unter einem autoritären Führer.

Für die biologisch-völkische Weltanschauung ist das Volk die zentrale Bezugsgröße. Es wird holistisch, also als ein Ganzes, als ein Übersubjekt, verstanden, das gegenüber Einzelpersonen, Familien und gesellschaftlichen Gruppen den höheren Rang hat. Die höchste Würde wird dem Volk als solchem und ganzem, nicht dem einzelnen Individuum zugesprochen. Der Kern der Volksgemeinschaftsidee ist das biologische Ordnungsmodell mit der Idee eines Organismus, der sich vor fremden, mithin schädlichen Einflüssen schützt. Die Freund-Feind-Erklärung ist damit ein Wesenselement der völkisch-rechtsextremen Denkwelt. Austausch und Vermischung werden strikt abgelehnt, Kritiker dieser Konzeption gelten als Volksverräter.

Der Primat des Völkischen charakterisiert auch die Weltanschauung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Dieses Prinzip wird von ihr in immer neuen Varianten durchgespielt. Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass „die NPD in den neunziger Jahren ihr völkisches Profil schärfte und den Gastarbeitern, Asylanten und exklusiven Minderheitenvertretern in der BRD ‚gute Heimreise‘ wünscht ... „. Demokratische Parteien werden dafür kritisiert, dass sie sich dieser Einsicht verweigern und gelten deshalb nicht als „volkstreu“, als Vasallen fremder Mächte.

Die völkische Ideologie versucht vom naturwissenschaftlichen Renommee der Biologie und der Anthropologie zu profitieren. Das so genannte „lebensrichtige Menschenbild“, das die NPD für sich beansprucht, beruft sich missbräuchlich auf einzelne Ergebnisse biologischer und verhaltenswissenschaftlicher Forschungen. Was für „Natur“ gilt, soll auch für „Kultur“ gelten. Geschichte und Gesellschaft werden damit so behandelt, als agierten hier Herdentiere und nicht Personen, Gruppen oder Institutionen. Der emotionale Wert dieser Ideologie ist hoch, ihr Erkenntniswert ist gering. Sie ist von ihrem ganzen Zuschnitt her eine Mobilisierungsideologie, d.h. ein System von Aussagen, bei dem der Akzent deutlich auf der Werbung von Wählern mittels Angstmake liegt. Schlagworte dazu sind „Kulturverfall“, „Degeneration“, „Landraub“, „demografische Katastrophe“ oder „Überfremdung“.

Parteien mit dieser menschenfeindlichen Ideologie, die militant die demokratischen Grundprinzipien bekämpfen, können in einem komplizierten Rechtsverfahren vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Allerdings wurde bisher aus gutem Grund vom Instrument des Parteienverbots nur sparsam Gebrauch gemacht (ultima ratio). Das Ziel der Extremisten ist die Zerstörung der legitimen Ordnung; das Ziel der Regierung muss es daher sein, sie aufrechtzuerhalten und auszuüben und sich vom Gegner nicht in einen Konflikt auf gleicher Ebene hineinziehen zu lassen. Das ist nur möglich, wenn die Ordnung das Vertrauen der Gemeinschaft behält, in deren Interesse der Staat zu handeln beansprucht. Das sollte nicht allzu schwierig sein, denn die Rechtsextremisten können nicht mit erheblicher Unterstützung der Bevölkerung rechnen. Politische Meinungen sollen im offenen Meinungsstreit bekämpft und nicht durch ein staatliches Verbot aus dem Diskurs ausgeschlossen werden. Eine nicht-verbotene Partei ist deshalb nicht per se demokratisch. Das trifft heute besonders für die NPD zu. Die NPD ist nicht verboten, sie kann sich an Wahlen beteiligen. Aber sie ist als Anti-Partei – antidemokratisch, antipluralistisch, antikonstitutionell – auch keine Partei wie alle anderen. Das Verfassungsrecht formt den äußersten Rahmen des politischen Handelns. Es gibt jedem die Freiheit zu erklären, mit welchem Inhalt er diesen Rahmen füllen möchte. Demokraten stehen für eine politische Kultur der Anerkennung, der Gleichheit, der Menschenwürde und deshalb sprechen sie sich gegen Bestrebungen aus, die gegen diese Werte ankämpfen. Demokraten sind gegenüber Antidemokraten nicht neutral, auch wenn diese alle Freiräume des Rechts und der Demokratie nutzen können.

Neben dem Staat ist es die Aufgabe der demokratischen Gesellschaft und ihrer Bürger, mit ihren Mitteln die rechtsextremen Bestrebungen zu bekämpfen, ihren weltanschaulichen Einfluss zu begrenzen und sie parteipolitisch klein zu halten.

In der Demokratie sind das Recht auf Gleichbehandlung und Meinungsfreiheit wichtige Stützen der Verfassung. Doch diese Rechte finden dort ihre Grenze, wo ihnen grundlegende Rechte anderer entgegenstehen. Das Diskriminieren oder gar Entwürdigen von Menschen anderer Herkunft verstößt massiv gegen deren Grundrechte. In diesem Fall macht der Gesetzgeber deutlich, dass er Verstöße solcher Art nicht akzeptiert. Gesetze und Verbote können dabei

krasse Verletzungen und Bedrohungen verhindern, aber den Schutz der Demokratie nicht dauerhaft gewährleisten. Dies bleibt eine Aufgabe aller Bürger und der Zivilgesellschaft.

Die Verfassung mit den Grundrechten zielt auf die Gestaltungsfreiheit der Bürger. Die politische Kultur gibt dem Bürger die Freiheit zu erklären, welche politische Strömung er aktiv unterstützt und welche er als verabscheuungswürdig ablehnt. In diesem Konflikt stehen unsere demokratischen Überzeugungen und unser staatsbürgerliches Selbstverständnis auf dem Prüfstand. Wer soll unser Land regieren und wie sollen unsere kommunalen und alltäglichen Angelegenheiten gestaltet werden?

Es ist ein weit verbreiteter Irrtum zu meinen, man müsse sich irgendwie „links“ verstehen, um entschieden gegen Rechtsextremismus Stellung nehmen zu können. Der wirkliche Widerpart von Rechtsextremen sind die überzeugten Demokraten, die für eine offene Gesellschaft und einen liberalen Rechtsstaat eintreten. Demokratieschutz ist gesellschaftspolitischer Katastrophenschutz.

2. Strategien der extremen Rechten

Die organisierten Rechtsextremisten versuchen, im vorpolitischen Raum an Einfluss zu gewinnen, um über Basisaktivitäten Wahlerfolge erst möglich zu machen. Durch Sportvereine, Bürgerinitiativen und Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr sowie durch öffentliche Präsenz wollen sie sich in ausgewählten ländlichen Regionen verankern. In der NPD ist dieser Gedanke seit 1997 in das so genannte „Drei-Säulen-Konzept“ eingeflossen. Das Konzept sieht den „Kampf um die Straße“ (Demonstrationen und öffentliche Veranstaltungen), mit der sich die Partei an die aktionsbereite Szene richtet, den „Kampf um die Parlamente“ (Wahlteilnahme auf allen Vertretungsebenen) und den „Kampf um die Köpfe“ (Schulungen, Beeinflussungen der politischen Meinung) vor. Dem „Kampf um die Köpfe“ dient die „Wortergreifungsstrategie“. Entsprechend geschulte Parteimitglieder sollen auf zivilgesellschaftlichen Versammlungen oder auf Veranstaltungen der demokratischen Parteien deren Vertreter verbal attackieren, provozieren, möglichst bloßstellen und so Anerkennung beim Publikum gewinnen. Allerdings ist die „Wortergreifung“ keine Einübung in demokratische Streitkultur, sondern Mittel zum Zweck, um auf diesem Weg zu Einfluss zu gelangen und die Deutungshoheit über gesellschaftliche Themen zu gewinnen.

Der weiter unten ausgeführte Fall von Selbstregulierung durch die örtliche Feuerwehr in Schleusingen [S. 9 f.] macht deutlich, dass eine Trennung in sozial engagierte, dialogbereite Rechtsextremisten und in solche, die einschüchtern oder gar zuschlagen, in die Irre führt. Einschüchterung, Ausgrenzung und auch Gewalt sind feste Bestandteile des politischen Programms und des Auftretens der extremen Rechten. Die NPD verfolgt einen Sowohl-Als-Auch-Kurs: Sowohl das Bemühen um ein seriöses, selbstloses Erscheinungsbild, als auch Straßengewalt, Hitlerismus und subkulturellen Lifestyle.

Hinzu kommt eine vierte Säule, der „Kampf um den organisierten Willen“. Dahinter verbirgt sich der Versuch, das zerstrittene rechtsextreme Lager möglichst in einer Partei zu sammeln, die politischen Kräfte und die Anhängerschaft unter einer Führung zu bündeln. In dieses „Volksfront“-Konzept sollen alle, auch die parteiunabhängigen Neonazis und die rechte Subkultur, meist junger Männer, einbezogen werden.

Eine politische Strategie im Sinne einer vorausschauenden Planung auf der Grundlage einer rationalen Situationsanalyse und der Kombination aller Möglichkeiten, die eine Organisation zum Erreichen ihrer Ziele zu entwickeln vermag, besteht nicht. Vielmehr handelt es sich um eine vollmundige Ankündigung, eine Willenserklärung und um ein politisches Wunschbild. Außerdem ist die Strategie in sich widersprüchlich. Die Demonstrationen gleichen martialischen Aufzügen und wirken auf die Passanten durch ihr abschreckendes Bild latenter Gewaltbereitschaft einschüchternd. Hingegen setzt die Werbung um Wählerstimmen ein seriöses Erscheinungsbild voraus, um größere Bevölkerungsteile anzusprechen.

Es ist aber nicht zu übersehen, dass dieses Vorgehen trotz der inneren Widersprüchlichkeit – mehr im ländlichen als im großstädtisch-urbanen Raum – gewisse Erfolge gebracht hat, ablesbar an der Zahl kommunaler Mandate und an steigenden Mitgliederzahlen. Dieser Herausforderung muss sich die demokratische Gesellschaft stellen und in den sauren Apfel beißen, ihre eigenen Positionen zu klären und ihre Argumente zu schärfen. Pauschale Verbotsforderungen helfen wenig, denn Meinungen und Einstellungen lassen sich nicht verbieten. Der gegenwärtige Schwelbrand hat – so gesehen – auch seine gute Seite. Er zwingt die Demokraten dazu,

Stellung zu nehmen und anhand konkreter Problemlagen vor Ort zu verdeutlichen, für welche Werte und Ziele sie einstehen. In den vergangenen Jahren haben die vielfältigen Reaktionen auf den Rechtsextremismus gezeigt – die Stärkung der politischen Bildung, die Förderung lokaler zivilgesellschaftlicher Netzwerke, die Information und Unterstützung lokaler Akteure wie Initiativen, Sportvereine und Jugendclubs –, dass die konkrete Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus vor Ort durchaus Früchte trägt. Zur Entwarnung besteht kein Grund, eher zur Einsicht, dass der Konflikt der Demokraten mit den Rechtsextremisten andauern wird.

3. Serviceteil:

3.1 Mit was ist zu rechnen? Was ist zu tun?

Fallbeispiele:

1. Vorfall: „Man sieht nur, was man kennt.“

Diese paradoxe Aussage gilt auch in unserem Alltag. Nur wer die Zeichen kennt, wird hinschauen und sich Gedanken machen. Andere gehen achtlos an ihnen vorbei.

In einem Thüringer Dorf hing im Schaukasten neben der Mitteilung über die Öffnungszeiten der Kommunalverwaltung und den Adressen der örtlichen Vereine auch ein Gruppenfoto der Freiwilligen Feuerwehr. Alle tragen ihre Uniform. Einer hat seine Jacke halb geöffnet und zeigt das T-Shirt darunter mit dem Aufdruck: „Freiheit für Lunikoff“.

Was hat es damit auf sich? „Lunikoff“ bzw. „Luni“ ist der Spitzname für den Kopf und Sänger der Berliner Neonazi Band „Landser“, die für ihre brutalen Lieder („Hurra, ein Asylheim brennt“) in der rechtsextremen Subkultur berühmt ist. Ein Textbeispiel für seine Verse mit Sprengkraft:

„Irgendwer wollte den Niggern erzählen,
sie hätten hier das freie Recht zu wählen.
Recht zu wählen haben sie auch
Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch.“
(„Niemals“ aus der CD „Ran an den Feind“)

Die Band verbreitete ihre Musikveröffentlichungen über Jahre hinweg auf konspirativem Wege, da ihre Hetzlieder strafrechtlich verfolgt wurden. Nach aufwendigen polizeilichen Ermittlungen wurden die drei Mitglieder der Band Ende 2003 vom Kammergericht Berlin wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung verurteilt, der Sänger zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten. Vor dem Haftantritt gab Lunikoff im April 2005 sein Abschiedskonzert im „Schützenhaus“ in Pößneck, auf dem Anwesen einer in London ansässigen Stiftung des inzwischen verstorbenen Hamburger Rechtsanwalts Jürgen Rieger. Die Veranstaltung fand im Anschluss an einen Parteitag der NPD statt, deren Mitglied der „Terrorist mit E-Gitarre“ (Eigenbezeichnung) geworden war. Rieger, Jg. 47, gehörte zu den bundesweit bekannten Neonazis und Rassisten. Er verfügte über finanzielle Mittel, die er für den Ankauf von Immobilien eingesetzt hat, welche dann für Veranstaltungen der rechten Szene genutzt werden konnten. Er trat auch als Anmelder der jährlichen Rudolf-Heß-Gedenkmärsche im fränkischen Wunsiedel auf.

Im Oktober 2006 organisierte die NPD eine Demonstration vor der Justizvollzugsanstalt Berlin-Tegel, mit der sie sich für die Freilassung von Lunikoff einsetzte. Zu seiner Unterstützung entstanden weitere zahlreiche Initiativen, die u.a. auch T-Shirts für einen Solidaritätspreis mit dem Aufdruck „Freiheit für Lunikoff“ verkauften. Diese Hemden konnte man nicht im Sportgeschäft in der Fußgängerzone erwerben, sondern sie wurden ausschließlich im Internet durch einschlägige Online-Shops der rechten Subkultur vertrieben. U.a. auch durch den „W&B-Verband“ von Thorsten Heise in Fretterode.

Der Träger des Shirts legt ein politisches Bekenntnis ab für einen schwerkriminellen Sänger und gegen die bestehende Rechtsordnung.

Bestand Handlungsbedarf für diese Feuerwehr? Voraussetzung wäre erst einmal, dass diese Zusammenhänge erkannt werden. Zunächst besteht ein Aufklärungsbedarf über die Symbole, Zeichen und Gruppierungen der extremen Rechten. Dann sollte ein Gespräch mit diesem Mitglied erfolgen, das die widersprüchlichen Botschaften – einerseits die Uniformjacke und andererseits das T-Shirt thematisiert. Mit dem Shirt bekennt er sich ausdrücklich zur Ideologie der Ungleichheit und des Herrenmenschentums. Das sind Ziele, die sich mit dem Ethos der Feuerwehr nicht vereinbaren lassen. Hier lugt im wörtlichen Sinn unter der Jacke der Feuerwehr eine völlig entgegengesetzte Wertvorstellung hervor.

Nun hat jeder Mensch ein Recht auf Irrtum, und Jugendsünden kann man verzeihen. Aber ob es sich so verhält, kann endgültig nur das Gespräch mit dem Betroffenen klären.

2. Vorfall: Fehlgriff im Motto

Im Mai 2008 gingen Fotos durch die Presse, die bei einem Wettbewerb der Jugendfeuerwehren in Brandenburg aufgenommen wurden. In der Disziplin „Löschangriff nass“ war eine Mannschaft einheitlich in dunkelblauen Polo-Hemden angetreten. Auf dem Rücken prangte in Frakturschrift das Zitat: „Flink wie Windhunde, zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl“. Die Nachfrage bei der Mannschaft ergab, dass sie den Spruch nicht zuordnen konnte und seine Brisanz nicht erkannte. Glaubhaft war die Erklärung: Männlichkeitsideal trifft auf Bildungslücke. Es handelt sich um einen Spruch, den Adolf Hitler geprägt hatte, der sich so die deutsche Jugend wünschte. Hier ist mit Aufklärung und historischer Bildung Abhilfe zu schaffen. Weil aber Bilder in den Medien die härteste Währung sind, geriet die Feuerwehr in Misskredit. Die Leitung hätte sich die negativen Schlagzeilen bei ein wenig mehr historischen Kenntnissen ersparen können. Ein Ermittlungsverfahren wegen Verbreitung nationalsozialistischen Gedankengutes wurde aufgenommen und eingestellt.

3. Vorfall: Unerbetene Mitgliedschaft

Ende des Jahres 2004 stellte in Schleusingen ein junger Mann, Jg. 1987, einen Aufnahmeantrag in die Freiwillige Feuerwehr. Die geistigen und körperlichen Voraussetzungen waren gegeben. Er brachte aber auch seinen schlechten Ruf als stadtbekannter Neonazi und damaliger NPD-Kreisvorsitzender mit. Er war wegen Körperverletzung, begangen an einem Afrikaner, vorbestraft. Im obligatorischen Vorgespräch gab er nur vorgestanzte Standardantworten. Da ein Feuerwehrmann in allen Lebenslagen, auch außerhalb des Dienstes, ein Vorbild abgeben sollte, kam die Wehrleitung zur Auffassung, sich ihren guten Ruf nicht durch diesen Neuzugang beschädigen zu lassen und legte dem Bürgermeister eine ablehnende Empfehlung vor.

Daraufhin lehnte der Bürgermeister den Aufnahmeantrag ab. Dagegen legte die Nachwuchskraft mit Hilfe ihrer Berliner Parteiführung Widerspruch beim Landratsamt ein. Die Wehrleitung verließ die Besprechung mit dem Eindruck, dass sich die Verwaltung nicht im ausreichenden Maße vor die Feuerwehr stellte, die in diese neuartige und schwierige Situation geraten war.

Bevor es nun zum Handschlag beim Bürgermeister kommen sollte, erklärten die Schleusinger Feuerwehrkameraden mit ihren Unterschriften, wenn dieser junge Mann aufgenommen würde, dann würden sie alle ihre Ämter niederlegen und geschlossen ihren Austritt erklären.

Die Wehrleitung hatte andernorts eine eigene und zielführende Rechtsberatung eingeholt und diesen dramatischen Weg eingeschlagen. Die Schleusinger Wehrmänner legten ihre jahrzehntelange Zugehörigkeit, ihre Berufserfahrung und ihre Erfolge in die Waagschale der Rücktrittsdrohung. Der Bürgermeister hatte nun eine Abwägung zwischen dem Brandschutz als kommunaler Pflichtaufgabe und der Ablehnung des Beitrittsgesuchs dieses politischen Quertreibers zu treffen. Letztlich wertete die Behörde in ihrem Bescheid das öffentliche Interesse an einer einsatzfähigen Feuerwehr höher als den Wunsch eines Einzelnen um Aufnahme und gab der Ablehnung Recht.

Jetzt drohte die Situation zu eskalieren. Der Parteiaktivist suchte die Kraftprobe. Gemeinsam mit auswärtigen NPD-Mitgliedern verteilte er Flugblätter in der Stadt, worin er ankündigte, die Macht in der Stadt zu übernehmen. Der Kampf werde aufgenommen und das kleine Schleusingen zur „Frontstadt“ erklärt. Dies ist die Prahlerei von politischen Aktivisten, die sich anmaßen, politisch Andersdenkende zu schikanieren und zu erschrecken. Im Rathaus ging eine verdächtige Postsendung ein. Die alarmierte Kriminalpolizei öffnete die „Briefbombe“ und entnahm ihr eine handschriftliche Drohung: Eine Bombe ticke, das Rathaus müsse geräumt werden. Der angezielte Erfolg blieb den unerkannt gebliebenen Erpressern verwehrt. Die Suche im Rathaus konnte keine Feststellung treffen, das Gebäude musste nicht geräumt werden.

Die Ablehnung eines rechtsextremistischen Bewerbers war problematisch, denn einerseits haben die Freiwilligen Feuerwehren Nachwuchssorgen und werben um neue Mitglieder, andererseits sehen die Statuten eine Ablehnung nur vor, wenn sich der Betreffende dienstliche Verfehlungen zu Schulden kommen lässt. Dieses Problem kann gelöst werden. In die Satzungen der Freiwilligen Feuerwehren sollte ein Passus eingefügt werden, der die Aufnahme in die Feuerwehr an das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und an weltanschauliche Toleranz bindet. Mit einiger Sensibilität beim Eignungsgespräch lässt sich der Versuch zur politischen Instrumentalisierung der sozial hoch angesehenen Mitgliedschaft in der Feuerwehr durch Neubewerber erkennen. Geschieht dies, dann stößt die vollmundige Parole des NPD-Nachwuchses „Wir sind die Reserve der Feuerwehr“ ins Leere.

3.2 Gezielte Unterwanderung:

Man kann nicht von gezielter Unterwanderung sprechen, auch wenn die NPD in einer Reihe von Strategiepapieren ihre Anhänger aufgefordert hat, „Bürgernähe vor Ort zeigen“, sich um die „weichen Bürgeranliegen“ zu kümmern, wie Tierschutz, Heimatschutz oder um eine Gemeindegebietsreform. Zudem sollte von nationalistischer Seite der Vereinsarbeit mehr Rechnung getragen werden. Aber statt neue Vereine zu gründen, sollte man besser „bestehende unterwandern“. Das Bestätigungsfeld reiche hierbei von der Freiwilligen Feuerwehr über die verschiedenen Sportarten bis zu Naturschutz, Elternvertretungen, Jugend- und lokaler Kulturarbeit. Derartige Ankündigungen sind ernst, aber nicht wörtlich zu nehmen. Ein Verein lässt sich nicht ohne weiteres in eine politische Zelle verwandeln, eine Feuerwehr transformiert man nicht in einen NPD-Ortsverband. Allerdings wäre eine Mitgliedschaft attraktiv, weil der Einzelne sich hier eine ganze Reihe von Kompetenzen und Qualifikationen erwirbt (Organisationsfähigkeit, Kooperation, Interessenartikulation und -durchsetzung), die ihm in seiner parteipolitischen Arbeit nützen können und ihm eine verbesserte Außendarstellung ermöglicht.

Es handelt sich um Einzelfälle: es gibt nur wenige Kandidaten, welche alle Voraussetzungen – Verzicht auf Freizeit, Disziplin und Gemeinwohlorientierung – erfüllen. Sport- und Fußballvereine sind attraktiver. Bei einem rechtsextremen Potential von 1.100 bis 1.200 Personen im

Land (Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2008, S. 19), aber Tausenden von Vereinen und derzeit 968 freiwilligen Feuerwehren kann es sich bereits aus statistischen Gründen nur um Einzelfälle handeln. Denn nicht all diese Personen folgen dem Aufruf der Partei, nur ein geringer Anteil ist willens und in der Lage, kontinuierliche Vereinsarbeit zu leisten.

Trotzdem ist die Möglichkeit des gezielten Eintritts aus parteitaktischen Gründen nicht auszuschließen. Jeder Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr besitzt hohes Ansehen bei seinen Mitbürgern. Nach einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung genießen Feuerwehrleute das höchste Vertrauen: sensationelle 97 Prozent der Bürger verlassen sich auf ihre Einsatzbereitschaft (Ärzte 88 Prozent und Polizei 85 Prozent). In dieser Situation liegt der Gedanke nahe, das positive Image der Feuerwehr für parteipolitische Zwecke zu missbrauchen. Mit diesem Pfund lässt sich bei Wahlen wuchern und mancher Wolf mag der Idee verfallen, seine finsternen Absichten hinter der schmucken Feuerwehruniform zu verstecken.

In etlichen Bundesländern, etwa in Thüringen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, liegen positive Erfahrungen vor, wie Sportvereine und Feuerwehren, die es fast an jedem Ort gibt, über die landesweiten Verbandsstrukturen in ihrer lokalen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus gestärkt werden können. Es gibt attraktive Weiterbildungsangebote, die auch über Informationen über thematisch ausgelobte Fördermittel verfügen. Diese Mittel sind besonders auf die Kinder- und Jugendarbeit der Vereine zugeschnitten und dienen dazu, für dieses Themenfeld zu sensibilisieren. Dabei geht es um die Stärkung der zivilen Kompetenzen (Umgang mit Unterschieden, Fairness, Respekt vor anderen usw.), keineswegs um eine vordergründige Politisierung.

3.3 Beiläufige Unterwanderung:

Innerhalb der Feuerwehr aktiv, aber außerhalb Funktionär.
Es sind mehrere Fälle zu unterscheiden.

1. Fall: Ein einfaches Mitglied der NPD, das sich im Dienst korrekt und politisch unauffällig verhält. Auf jedem Fall ist mit einem Imageschaden zu rechnen, wenn publik wird, dass ein Mitglied einer vom Verfassungsschutz beobachteten Partei gleichzeitig der Freiwilligen Feuerwehr angehört. Hier ist mit Bedacht abzuwägen, ob und was unternommen werden soll. Dann sollte grundsatzbewusst und situationsangemessen gehandelt werden. Es wird angebracht sein, ihn zur Rede zu stellen und eine klare Antwort auf die „Gemeinsame Position gegen Rechtsextremismus“ der Thüringer Feuerwehr, des Thüringer Innenministeriums, der Hilfs- und Sportorganisationen vom November 2007 zu verlangen. In dieser Erklärung sagen die Verbände ein klares Nein zu allen Formen des Rechtsextremismus.

Zur Klärung der Positionen sind weitere Schriftstücke von Nutzen. So hat der Thüringer Feuerwehr-Verband zur besseren Integration von Frauen in die Feuerwehren Leitlinien aufgestellt, einen Kodex formuliert, dessen Ziele von allgemeiner Gültigkeit sind:

- eine Kultur der Anerkennung schaffen;
- diskriminierende Einstellungen und Verhaltensmuster gegenüber Frauen abbauen;
- eine Kultur der Vielfalt statt männlicher Monokultur pflegen;
- die Feuerwehr als lernende Organisation begreifen: Institutionalisierung von Lernprozessen, Verbesserung des Informationsflusses;

- Vermittlung von Kompetenz und Genderkompetenz.

Als Prüfstein eignet sich besonders gut die Aufgabenbeschreibung der Thüringer Jugendfeuerwehr vom März 2008. Als Erziehungsziele werden dort u.a. genannt:

- Förderung des Gruppenlebens, der Mitverantwortung und des solidarischen Eintretens für Andere und Schwächere;
- demokratische Bewusstseinsbildung und Beteiligung junger Menschen an demokratischen Prozessen;
- Förderung der Gleichberechtigung in allen Bereichen der Jugendarbeit;
- Auseinandersetzung mit aktuellen, jugendrelevanten Problemfeldern, beispielsweise Umweltschutz, Gewalt und Suchtprävention.

Die Feuerwehr ist parteipolitisch neutral, aber sie ergreift täglich Partei, wenn sie Menschen schützt oder rettet und wenn sie nach den genannten Maximen handelt! Auch wenn o.g. Ziele nur für die Jugendfeuerwehr verfasst wurden, sind sie doch eine geeignete Grundlage für das kritische Gespräch mit jedem Mitglied der Feuerwehr, das Menschen verbal oder faktisch ausgrenzt, sexistische, fremdenfeindliche oder ultranationalistische Einstellungen äußert. (Fremdenfeindschaft wird hier verstanden als prinzipielle Ausländer- und Migrationsfeindlichkeit. Für diese generelle Ablehnung ist es charakteristisch, dass sie auf einer ideologischen Grundlage argumentiert und nicht konkrete Integrationsprobleme thematisiert, um Abhilfe zu schaffen.)

2. Fall: Ein Mitglied der NPD, das sich im Dienst politisch unauffällig verhält, aber in der Partei Funktionen ausübt oder sich als Wahlkandidat zur Verfügung stellt. Jemand, der diese Partei-tätigkeiten ausübt oder an rechtsextremen Demonstrationen teilnimmt, ist z.B. als Jugendwart in der örtlichen Feuerwehr nicht geeignet. Jemand, der die jüngste deutsche Geschichte auf den Kopf stellt, der z.B. den Unsinn vom „Friedensflieger Rudolf Heß“ verbreitet, kann nicht Ausbilder von Jugendlichen sein. Wer auf die Frage: „Wie hältst Du es mit der Demokratie und ihren zentralen Werten?“ keine plausible Antwort gibt, der ist nicht im Einklang mit dem Grundgesetz, mit der Landesverfassung und ggf. mit der Satzung der Feuerwehr. Derartiges Verhalten kann – sofern die Satzung ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung vorsieht – als Satzungsverstoß sanktioniert werden.

3. Fall: Ein NPD-Mitglied, das innerhalb der Feuerwehr politisiert und für seine Partei Propaganda macht. Es wäre ein Versäumnis, wenn eine Feuerwehr, die ein aktives rechtsextremes Mitglied in ihren Reihen hat, nicht reagieren würde. Ihre Führung müsste sich Vorwürfe gefallen lassen.

Feuerwehrleute sind im Einsatz großen Gefahren ausgesetzt. Deshalb ist ihre Ausbildung darauf ausgerichtet, dass sie ihr Handwerk perfekt beherrschen und sich, da sie immer im Team im Einsatz sind, aufeinander in jeder Hinsicht verlassen können. Das setzt ein ganz besonderes Vertrauensverhältnis voraus. Sie bilden eine „verschworene Gemeinschaft“, die auf gegenseitigem Kennen und Aufeinanderverlassenkönnen beruht. Wenn man gefährvolle Einsätze zusammen bewältigt, sich nicht von Schnee, Regen, Kälte oder Hitze aufhalten lässt, entsteht schnell ein besonderes Gefühl der Zusammengehörigkeit. Diese Gemeinschaft darf nicht von innen oder von außen durch Ideologien politisiert werden. Weder können Anklänge an den Nationalsozialismus noch Ausgrenzungen aufgrund der völkischen Ideologie maßgebend sein. Auch dieses Verhalten kann – sofern die Satzung ein Bekenntnis zur freiheitlichen

demokratischen Grundordnung vorsieht – als schwerwiegender Satzungsverstoß sanktioniert werden.

Gegenwärtig sind in Folge der Gesetzesnovelle über den Brandschutz im Freistaat Thüringen viele Feuerwehren dabei, ihre Satzungen anzupassen. Die neue „Satzung über die Freiwillige Feuerwehr der Landeshauptstadt Erfurt“, vom Stadtrat im Januar 2009 beschlossen, kann hier als Muster dienen. § 3, der die Aufnahme regelt, bestimmt in Absatz 2 als Grundlage für die Mitgliedschaft „das Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung sowie zur weltanschaulichen Toleranz“. Folglich steht der Aufnahme in die Feuerwehr entgegen, wenn ein Bewerber Mitglied in einer für verfassungswidrig erklärten Partei oder einer sonstigen Organisation ist.

Nun könnte einer sagen, die NPD ist keine wegen ihrer Verfassungsfeindlichkeit verbotene Partei. (Wie bekannt, ist das im Jahr 2001 eingeleitete Verbotsverfahren gegen die NPD vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wegen der ungeklärten Rolle von „V-Männern“, die nach Meinung des Gerichts ein nicht behebbares Verfahrenshindernis darstellen, in 2003 eingestellt worden. Dabei ist zu beachten: Dieser Einstellungsbeschluss hat der NPD keineswegs bescheinigt, sie stünde auf dem Boden des Grundgesetzes!) Also könne auch die Aufnahme eines NPD-Mitglieds erfolgen. Dagegen hat die Satzung einen Riegel vorgeschoben. In § 3 Absatz 2 erfolgt eine Klarstellung. Die Aufnahme in die Feuerwehr ist auch dann verwehrt, wenn der Bewerber einer Vereinigung angehört, die mit der demokratischen Grundordnung unvereinbare Ziele verfolgt. Welche Parteien und Organisationen dies aus Sicht der Verfassungsschutzämter sind, kann man den jährlichen Berichten dieser Behörden entnehmen.

§ 4 regelt die Beendigung der Zugehörigkeit zur Feuerwehr und § 7 die Ordnungsmaßnahmen. Wenn ein Angehöriger der Einsatzabteilung seine Dienstpflichten nicht wahrnimmt, besteht die Möglichkeit, nach einer Anhörung Ordnungsmaßnahmen (mündliche Ermahnung, schriftlicher Verweis) zu verhängen. Sind diese Ordnungsmaßnahmen nicht wirksam, ist gemäß § 4 die Möglichkeit gegeben, den Betreffenden aus „wichtigem Grund“ auszuschließen. Ein wichtiger Grund ist unkameradschaftliches oder das Ansehen der Feuerwehr schädigendes Verhalten.

Die ergänzte Satzung gibt der Feuerwehr den rechtlichen Rahmen, sich gegen extremistische Mitglieder zu schützen. Es liegt nun an den Wehren, ob ihnen diese Normen von außen auferlegt erscheinen oder von ihnen selbst aus demokratischer Überzeugung getragen werden.

Auch für vergleichbare Organisationen ist der Ausschluss von Mitgliedern, die sich dort nicht politisch betätigen, ebenfalls ein Problem. Das Technische Hilfswerk in Mecklenburg-Vorpommern hat zwei bekannte Neonazis in seinen Reihen, die es gern wieder los werden möchte. Davon hatte einer sogar eine Leitungsposition inne, von der er entbunden wurde. Der Pressesprecher des THW erklärte, für Neonazis und rechtsextremes Gedankengut sei kein Platz im THW, aber wie der Ausschluss zu bewerkstelligen ist, bleibe noch zu klären.

Generell gilt: Prävention verhindert, dass überhaupt solche Probleme entstehen. Deshalb Kenntnisse über Symbolik und Taktik der extremen Rechten erwerben! Eine Wehr ist glaubwürdig, wenn sie die im Feuerwehrgedanken angelegten Werte realisiert, befolgt, bewahrt und schützt und wenn sie sich kontinuierlich mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus beschäftigt, anstatt nur zu reagieren, sobald es ein Problem gibt, das medial nach außen vermittelt wird. Wird das Problem weg geschoben oder ignoriert, ist es im Nachhinein schwierig,

verloren gegangenes Terrain wieder zurückzugewinnen. Es geht nicht darum, dem Ehrenamt in den Wehren weitere soziale Aufgaben aufzubürden und sie dadurch zu überfordern. Vielmehr sollen die in der Feuerwehr angelegten gemeinwohlorientierten Effekte für eine Prävention nutzbar gemacht werden. Wehren können ihre fachliche und soziale Kompetenz vor Ort einbringen, um mit anderen gemeinsam Probleme anzugehen.

4. Prävention:

4.1 Wie reagiere ich auf rechtsextremistische Äußerungen bei Veranstaltungen der Feuerwehr, an Stammtischen, auf Kameradschaftsabenden?

1. Veranstaltungen der Feuerwehr:

Bei Beschimpfungen oder Herabsetzungen von Einzelnen oder von Teilen der Bevölkerung ist die Schwelle zum Eingriff erreicht. Für die direkte Konfrontation mit diskriminierenden Äußerungen und rassistischer Hetze im Alltag gibt es keine generellen Rezepte, passgenaue Verhaltensregeln oder allgemeingültige Tipps. Die konkreten Situationen sind zu vielfältig, jedesmal verschieden, abhängig von der Örtlichkeit, dem Typ der Provokation, der Art der Beziehung zum Provokateur (Kollegen, Freunde, Kameraden, der Junge von nebenan, ein Familienangehöriger, ein Fremder), von der eigenen Position und der eigenen Tagesform.

Grundsätzlich gilt: Vorbereitet sein! Man kann eine Provokation einmal überhören und sich dann gedanklich oder im Gespräch mit anderen auf das nächste Mal vorbereiten. Was will ich antworten, wie will ich reagieren, wie lauten meine Argumente, was ist das Ziel meiner Intervention?

Dumpfen Parolen mit Fakten und Informationen entgegen zu treten, ist meist wenig erfolgreich, weil Fakten häufig einfach nicht wahrgenommen werden.

Parolen sind plakativ und selbstgerecht. Wer ihnen argumentativ etwas entgegen setzen will, der muss weit ausholen. Dies verschafft den Rechten einen Gesprächsvorteil. Während der eine auf wenigen Schlagworten beharrt, wird der andere gezwungen, diesem ausführlich argumentativ zu antworten.

Wirkungsvoll kann das Beharren auf Logik sein oder beharrliches Nachfragen nach der persönlichen Meinung des Gegenübers. Aus den Antworten kann man den nächsten Schritt ableiten. Ein Beispiel: Wollen Sie das wirklich? Ihre Parteispitze spricht sich für „Führer, Volk und Vaterland“ aus und trifft sich jährlich zur Glorifizierung von Rudolf Heß. Wollen Sie persönlich das System von Hitler und Heß zurück haben? Wenn nein, warum engagieren Sie sich dann in dieser Partei?

Rechnen sie bei der Antwort mit dem typischen Widerspruch zwischen Rechtfertigung/Glorifizierung und Distanzierung. Mal stellen die Befragten heraus, dass der historische Nationalsozialismus für sie keinerlei Bedeutung mehr habe, mal betonen sie, man könne sich durchaus daran orientieren, schließlich sei nicht alles schlecht gewesen, lediglich die Geschichtsschreibung würde ein verzerrtes Bild liefern. Belehrungen und moralisierende Positionen schaffen eher Abwehr als Einsicht.

Allgemein gilt: Ruhig bleiben und sich auf das konzentrieren, was man sich vorgenommen hat. Fremde niemals duzen (keine Vertraulichkeiten, auch nicht anfassen). Selbstbewusst und bestimmt auftreten, dem anderen fest ins Gesicht blicken, deutlich und mit normaler Lautstärke sprechen. Den anderen nicht durch Lautstärke übertönen wollen.

2. Stammtisch:

Stammtischparolen sind im Allgemeinen keine verirrten Meinungen von Einzelnen. Die kollektive Gesinnung hinter den Parolen hat zahlreiche Sprachrohre. Die Boulevardpresse liefert dem Parolenverkünder tagtäglich Stoff für seine Vorurteile. Was dort in Wort und Bild veröffentlicht wird, deckt sich mit dem Erkenntnishorizont der Leser. Aber wie relevant ist ein Korruptionsfall in München oder ein Bauskandal in Berlin für Leser in Thüringen? Außerdem zeigt die Berichterstattung auch, dass derartige Vergehen aufgedeckt und geahndet werden. Eine perfekte Gesellschaft ist selbst eine totalitäre Vorstellung. Ziel ist die Reduzierung und die Eindämmung – nicht die „Beseitigung“. Gesellschaftshygienische Vorstellungen einer absoluten Reinheit sind im Übrigen charakteristisch für Diktaturen, sie sind kein Markenzeichen von Demokratie. Manchmal hilft es, allzu forsche Weltverbesserer an Immanuel Kant zu erinnern, der sagte: „Aus so krummen Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.“

„Schwarze brennen eben mal länger“ – lautete der Kommentar zum Flammentod eines afrikanischen Asylbewerbers in Dessau. Offensichtlich war sich der Sprecher sicher, dass sein soziales Umfeld eine derartig rassistische Bemerkung mindestens tolerieren würde. Weitere Schmähungen, Vorurteile und Kraftausdrücke des alltäglichen Rassismus lassen sich leicht finden – „Braunkohle“, im Fußballstadion „Juden Jena“ und die Ableitungen wie „jüdische Preise“, „Schwuler“, „Fidschis“, „Migranten“ statt Migranten oder „Menschenmüll, der entsorgt gehört“.

Wie ist darauf zu reagieren?

Zunächst empfiehlt es sich, sich einmal in die Lage derjenigen Person zu versetzen, die mit diesen diffamierenden Ausdrücken belegt wird (verschiedene Positionen einnehmen, aus verschiedenen Perspektiven sehen, pauschale Zuschreibungen hinterfragen). Dann wird man bei rassistischen Bemerkungen nicht schweigen und den Pöbler zur Rede stellen. Derartige Beleidigungen haben nichts mit dem Leitbild der Feuerwehr zu tun. Sie ist dazu da, Menschen zu retten, nicht sie zu verachten.

Verständlich ist die anfängliche Skepsis, ob die Thematisierung des Problems nicht mehr Probleme schafft, als löst (die relativierenden Einwände lauten: die Äußerung nicht so wichtig nehmen, das Thema nicht so hoch hängen, eine Intervention sei doch vergeblich). Aber Weghören oder Wegschauen ist auf Dauer keine gangbare Alternative.

Im Alltagsleben einer offenen, pluralistischen Gesellschaft gibt es Beleidigungen und Übergriffe auf Angehörige nahezu aller Minderheiten – vorausgesetzt, sie sind unterlegen und gehören ihrem Image nach zu einer status-schwachen Gruppe. Solche Vorfälle sind Herausforderungen in jeder Gesprächsrunde. Man kann derartige Bemerkungen einfach aus Laxheit überhören, aber man kann ihnen auch die Stirn bieten und gegenüber diesen Gehässigkeiten die Regeln des friedlichen Zusammenlebens verdeutlichen, nämlich Respekt vor den Mitmenschen, Verantwortung für das eigene Gemeinwesen und zivile Verfahren der Konfliktaus-

tragung. Unter der Voraussetzung, dass alle Menschen gegenseitig den gleichen Anspruch auf Respekt haben und alle Arten von Achtungsverletzungen gleichrangig sind (auch antideutsche Schmähungen wie „Scheißdeutscher“ oder „blödes Kartoffelgesicht“ sind gleichermaßen verwerflich), kann man für Änderung werben, auf die Einsicht in die Richtigkeit moralischer Regeln hinarbeiten und schließlich auch deren Geltung durchsetzen. Ein erstes Signal kann sein: „In meiner Anwesenheit dulde ich keine rassistischen Sprüche. Wenn Du nicht damit aufhören kannst, dann musst Du auf meine Anwesenheit verzichten.“ Als Dienstleiter, als Hausherr oder als Gastgeber kann man rassistische, antisemitische oder sexistische Bemerkungen von vornherein verbieten und demjenigen, der zuwider handelt, Sanktionen – etwa Ausschluss von der weiteren Teilnahme – androhen.

Anzeige erstatten?

Dazu muss man erst einmal den Deliktcharakter von Hetze erkennen. Unter Umständen ist eine massive Schmähung strafrechtlich relevant und kann zu einer Verurteilung wegen Volksverhetzung oder bei einem Beamten zu einer disziplinarischen Ahndung führen. In der Regel wird ein Kollege oder ein Vereinskamerad vor diesem äußersten Mittel zurückschrecken, weil er seinen Kollegen aus Loyalität nicht denunzieren möchte.

Aber auch eine andere Art der Loyalitätsverletzung kommt ins Spiel, die der Selbstverleugnung. Jemand, der Rassismus ablehnt, aber in dieser Situation schweigt, es unterlässt einzugreifen, verleugnet seine eigenen Grundsätze. Wäre er gegenüber seinen eigenen Maßstäben loyal, würde er für sie einstehen, sprechen, handeln. Denjenigen, der diese zwei Loyalitätsverhältnisse aufrichtig empfindet, stürzt dieser Konflikt in tiefe Not. Durch Zurückweichen lässt sich dieser Konflikt nicht lösen, aber man kann mit seinen Kollegen darüber sprechen, das Dilemma offen legen und gemeinsam eine Lösung suchen. Dazu kann man ein Modell konstruieren: Wie verhalten wir uns, wenn ein Kollege etwas anstellt (z.B. Verdacht auf Brandstiftung), das die gesamte Feuerwehr schädigt und das wir nur durch Anzeige verhindern können? In diesem Fall ist unstrittig, dass hier ein regulierungsbedürftiger Tatbestand vorliegt. Allerdings können die Ansichten, wer für die Regulierung zuständig ist, differieren – der engere Kollegenkreis, die Vorgesetzten oder übergeordnete Instanzen?

Rassismus kann man intern rügen und damit staatliche Konfliktlösungsverfahren vermeiden. Auseinandersetzungen werden dann dort ausgefochten, wo sie sich abspielen, und nicht auf fremdem Boden, was das Fundament der kameradschaftlichen Zusammenarbeit untergraben würde.

Inhaltlich sollte man nicht den Abschweifungen der zahlreichen Vorurteile und Pauschalurteile folgen – das Gespräch wird schnell uferlos und kommt vom Stöckchen zum Hölzchen –, sondern auf einem Thema beharren und konkrete Beispiele einfordern. Die pauschalen Zuschreibungen in Frage stellen – Wer ist „Wir“? Wer sind „Die“? Möglichst passgenau reagieren, um den rechten Schwätzer bloßzustellen, zeigen, wie falsch und lächerlich seine Aussagen sind, ihn verlegen machen, im besten Fall auch nachdenklich machen. Es geht darum Kontra zu geben, um eine Form von kommunikativem Widerstand. In der Ich-Form reden. Ich-Botschaften vermitteln. „Ich bin der Meinung, dass“ – nicht: Man kann das auch so sehen. Humor und leises, ruhiges Reden entspannen und bilden einen wirkungsvollen Kontrast zum lautstarken Geschrei der Wortführer. Es geht dabei gar nicht darum, eine Diskussion zu „gewinnen“, sondern überhaupt erst ein Gespräch zustande zu bringen, das jeden zur Reflexion seiner Sichtweise veranlasst.

Eine Argumentationskette kann so aussehen: Auf die Frage: „Sind Sie rechtsextrem orientiert?“ erfolgt die einstudierte Antwort: „Nein, ich bin national.“ Jetzt ist die Diskussion erst einmal blockiert. Wie weiter? Nicht anhand von Etiketten, sondern anhand von Inhalten weiter diskutieren. Nachfragen stellen, erklären lassen, den Gesprächspartner mit den Aussagen seiner Partei und ihren Konsequenzen konfrontieren. Mitläufer sind eher von fundierten Gegenargumenten zu beeindrucken. Eisenharte Parteikader kann man nicht überzeugen, sie sind noch nicht einmal dazu bereit, Differenzierungen zuzulassen.

Auf die Körpersprache achten. Geduckte Sitzhaltung signalisiert dem Gegenüber Unterordnung oder Unsicherheit. Verschränkte Arme vor der Brust können Abwehr, auch Blockade bedeuten. Sitzen Sie lässig zurückgelehnt am Tisch und zeigen sie dadurch überlegene Gelassenheit.

In der Jugendfeuerwehr: Seien sie sich bewusst, dass sie als Vorgesetzter oder Übungsleiter ein Vorbild sind, ein „Modell“, das von den Kindern oder Jugendlichen nachgeahmt wird. Sie wirken als Persönlichkeit und durch ihr Gesamtverhalten als Beispiel. Auch in der Art, wie sie mit Störungen oder Konflikten umgehen, wirken sie als Vorbild. Seien sie authentisch, souverän und tolerant, auf der anderen Seite konsequent, gerecht und setzen sie ihre Autorität dosiert ein. Denken sie daran, später werden sich ihre Auszubildenden und Kollegen daran erinnern, nicht was Sie gesagt, sondern wie Sie etwas gesagt haben. Konnten sie etwas erreichen, ihre Haltung vermitteln? Vielleicht werden sich ihre jugendlichen Feuerwehrkameraden in späteren Konfliktsituationen an sie erinnern und denken: Er hätte widersprochen.

3. Kameradschaftsabend:

Niemand will sich einen geselligen Kameradschaftsabend durch kontroverse Diskussionen kaputt machen lassen.

Besonders schädlich ist eine ambivalente Haltung, die man als verstehende Missbilligung bezeichnen kann nach dem häufig zu hörenden Ausspruch: „Ich missbillige Gewalt gegen Ausländer, aber es gibt zu viele von ihnen im Land.“ Es ist doch etwas lächerlich, wenn sich in Thüringen die Mehrheit von 98 Prozent Einheimischen vor einer 2 Prozent-Minderheit von Zuwanderern fürchtet. Die Ausländer in Thüringen sind zumeist selbstständig, leben nicht von Sozialunterstützung und nehmen niemandem einen Arbeitsplatz weg.

Auch hier gilt es, kein akzeptierendes Umfeld zu bieten. Man kann auf vielfältige Weise zeigen, dass man mit der Äußerung nicht übereinstimmt.

Über die Prahlerei der NPD, sie sei die echte Heimatpartei, können Leute, die selbst von der Schönheit ihrer Heimat zu Recht überzeugt sind, lässig hinweggehen.

Eine Provokation bringt alle Beteiligten in typische Zugzwänge. Man kann die Provokation einfach überhören und so tun, als habe der andere gar nichts gesagt. Diese Reaktionslosigkeit stellt den Provokateur vor ein Problem. Er muss sich nämlich fragen, ob die Ignoranz ein Akt des Tadels oder nur ein Wahrnehmungsfehler ist. Soll er nun seine Provokation massiv aufstocken, um die Aufmerksamkeit des anderen zu erregen?

Man kann einen dummen Spruch, eine rassistische Provokation absichtlich überhören; muss aber zeigen, dass man diesen Weg bewusst gewählt hat.

Vorteile:

Der Störer wird übersehen, sein Verhalten wird nicht aufgewertet. Es wird keine große Sache daraus gemacht.

Nachteile:

Die Störung wird nicht zum Thema gemacht und kann weiter schwelen.

Nichts zu unternehmen, dieses Verhalten kann als feige gedeutet werden. Der Störer fühlt sich ermutigt, nachzulegen. Daher ist es besser, um die kleine Flamme auszutreten, deutlich zu machen – durch Körpersprache, Stirnrunzeln oder tadelnde Blicke, auch der erhobene Finger des Lehrers ist ein unzweideutiges Zeichen der Missbilligung, dass man die Provokation wohl verstanden hat, aber absichtlich jetzt nicht darauf eingeht. Man kann bereits andeuten, dass man im Falle der Wiederholung hart reagieren wird.

4.2 Wie erkenne und wie reagiere ich auf Szenekleidung?

Szenekleidung wird hauptsächlich von Jugendlichen und jungen Männern getragen. Äußere Veränderungen in der Kleidung, in der Frisur, im Musikgeschmack, in Parolen und Sprüchen können erste Anhaltspunkte sein und sollten ernst genommen werden. Eine solche provokative Kleidungsweise ist eine förmliche Einladung dazu, den Träger nach seinen Beweggründen zu befragen. (Vgl. dazu die Broschüre „Rechtsextremistische Symbole und Kennzeichen – ein Überblick“, herausgegeben vom Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, Erfurt 2008.)

4.3 Welche Maßnahmen ergreife ich, wenn ich erkenne, dass Kameraden für rechtsextreme Tendenzen empfänglich werden?

Versuchen Sie, miteinander in Kontakt und im Gespräch zu bleiben. Nur im Kontakt können Sie auf den Kameraden einwirken, ihn vielleicht über eine Krise hin stabilisieren und davor bewahren, weiter in die rechte Szene abzurutschen. Dadurch bilden sie in seinem sozialen Umfeld einen Kontrapunkt, der vielleicht dabei hilft, dass er nicht ganz den einseitigen Einflüssen seines rechtsextremistischen Umfelds ausgesetzt ist. Ausgrenzungsprozesse können wiederum Anstoß für stärkere Integrationsbemühungen in die rechte Szene sein und somit Ausgangspunkt von weiteren Konflikten. Welche Reaktion gewählt wird, ist stark vom Einzelfall abhängig.

Im Gespräch auf die Widersprüche in der Gruppe seiner neuen Freunde hinweisen – z.B. wird viel von Ordnung und Sauberkeit schwadroniert, aber die illegalen Machenschaften der Thüringer Landes-NPD werfen ein trübes Licht auf die Gesamtpartei. Der Bundesschatzmeister der NPD saß bis zu seiner Verurteilung sieben Monaten wegen undurchsichtiger Finanztransaktionen zu Lasten seiner Partei in Untersuchungshaft.

Die „Saubermänner“ der NPD wollen mit einem vielfach vorbestraften Führungspersonal die angeblich verrotteten „Blockparteien“ ablösen. Eine Partei mit diesem Programm und diesen Funktionären ist kein Vorbild für Ehrlichkeit und Sauberkeit in öffentlichen Angelegenheiten.

Sie können auch mal autoritär gegenhalten. Solange die Person noch in der Gemeinschaft der Feuerwehr integriert ist, kann sie sich nicht vollständig den Regeln der politischen Gruppe zuwenden. Auf die Dauer muss sie sich entscheiden, wohin sie gehört und was ihr wichtiger ist – die Gemeinschaft in der Feuerwehr und die Aufgabe, einen Brand zu löschen oder die Kameradschaft der Rechtsextremisten und die „Aufgabe“, Deutschland zu retten.

Im Einzelgespräch zur Rede stellen – aber gut vorbereiten. Wer sich rechtsextrem engagiert oder wählt, der unterstützt eine Partei mit verfassungsfeindlichen Zielen. Dass muss deutlich gesagt werden und darf nicht verharmlost oder verniedlicht werden.

Hinweis auf die persönlichen Folgen und Nachteile. Steht jemand am Beginn einer rechtsextremistischen Karriere, dann rangiert in seiner persönlichen Kosten-Nutzen-Kalkulation der Vorteil der angestrebten Mitgliedschaft weit vor den möglichen Nachteilen. Erfahrungsgemäß ist es daher wenig zweckmäßig, ihn auf die langfristigen Folgen – wie auf den Verlust von alten Freunden, berufliche Nachteile usw. – hinzuweisen. Beeindruckender sind die kurzfristigen Kosten, wie Schadensersatz oder Schmerzensgeld bei Gewaltdelikten. Für entstandene Personen- oder Sachschäden kann der Verursacher zivilrechtlich haftbar gemacht werden.

Verständigen Sie sich in der Feuerwehr. Was werden die Leute denken? Die Leute werden anders und aufgeschlossener reagieren, wenn sie erfahren, dass sich hier eine ganze Wache gegen Extremismus ausspricht und nicht nur ein Einzelkämpfer. Suchen Sie die Unterstützung ihrer Feuerwehrkameraden und der Leitung. Zu den Führungsqualitäten gehört auch, die sozialen Regeln und Werthaltungen in der Feuerwehr aufrechtzuerhalten.

Die Reintegration ermöglichen, Alternativen aufzeigen, die Tür offen lassen. Das rechtsextreme Spektrum ist in sich nach Erscheinungsweise und Handlungsbereitschaft differenziert und keinesfalls ein geschlossenes Gebilde. Mitläufer sind vom harten Kern der Dogmatiker zu unterscheiden. Gerade Jugendliche können oft nicht überblicken, worauf sie sich eingelassen haben. Erforderlich ist ein auf den individuellen Fall bezogenes Vorgehen, das nicht endgültig verdammt, aber auch nicht verharmlost („Jugendsünde“). Der einzelne Mensch darf nicht verloren gegeben werden. Die Zivilgesellschaft muss offen sein für alle, die den rechtsextremen Orientierungen glaubwürdig den Rücken kehren. Sie wieder zu integrieren, ist Aufgabe und Chance zugleich, den rechten Rand klein zu halten.

Zur Vorbeugung gilt generell: Fördern Sie in ihrem Umfeld den Respekt vor anderen Menschen und das Verständnis für fremde Kulturen. Tolerieren Sie keine Beleidigungen, Beschimpfungen und menschenverachtenden Äußerungen. Denken Sie auch hier an ihre Vorbildfunktion. Erklären Sie, dass Extremismus antisozial ist, von unserer Gesellschaft abgelehnt und verurteilt wird. Wirksamer Schutz vor abweichendem Verhalten ist nicht allein Sache der Polizei, sondern geht uns alle an. Wer die Zeichen kennt und deuten kann, der kann viele Risiken ausschließen. Profitieren Sie von den Erfahrungen der Experten. Nutzen Sie turnusmäßig die Empfehlungen der Beratungsteams, der Polizei, die Erfahrungen der Gewaltprävention.

Für die Gründe von jungen Menschen, sich einer rechtsextremen Gruppierung anzuschließen, gibt es keine einfachen und eindeutigen Erklärungen. Allerdings lässt sich – wie generell für auffallendes Verhalten Jugendlicher – auch für politisches Abweichen festhalten, dass die entscheidenden Ursachen im Jugendalter selbst begründet liegen. So vor allem bei Krisenverläufen in der Pubertät und im Prozess des Erwachsenwerdens, die grundsätzlich Probleme und Unsicherheiten mit sich bringen. Die Gefahr, dass männliche Jugendliche besonders aggressiv und rebellisch reagieren, besteht vor allem dann, wenn verschiedene problematische Einflüsse zusammentreffen und über einen längeren Zeitraum andauern. Die Gruppe der Gleichaltrigen spielt für die Identitätsfindung eine bedeutende Rolle. Es ist alterstypisch und vollkommen „normal“, dass sich Jugendliche zu Cliquen zusammenschließen. Nur wenige dieser Gruppen werden zum Problem, weil aus ihnen heraus Radikalität entsteht und möglicherweise Straftaten begangen werden. Der Einzelne gewinnt seine Identität über die Gruppe – über

die Symbole, Moden, Frisuren und Kleidung der Szene –, er fühlt sich im Schutz der Gruppe sicher, wird immer risikofreudiger und gibt Verantwortung an den Anführer ab oder nutzt die Anonymität der Gruppe aus. Die Gruppe verschafft ihm ein Gefühl von Macht und Anerkennung. Er erlebt sich selbst als Teil einer übergeordneten Macht. In der rechten Szene ist der schädliche Einfluss der Clique besonders gut zu beobachten. Unter dem Konformitätsdruck der Gruppe, verstärkt durch Alkoholeinfluss, geschehen aus ihren Reihen heraus immer wieder auch schwere und schwerste Straftaten.

Rechtsextremistische Organisationen, vor allem die NPD, nutzen die Einflusskraft von Gleichaltrigengruppen gezielt zur Rekrutierung ihres Nachwuchses aus. Junge Menschen werden beispielsweise über Freizeitangebote angelockt. Diese können in vermeintlich harmlosen Angeboten wie Fußballturnieren, Fahrradwanderungen oder ideologisch schon deutlicher im Besuch von Rechtsrock-Konzerten bestehen. Harmlos sind diese Betätigungen schon deshalb nicht, weil hier Meinungen geformt, Ansichten und Werte vermittelt, von aufregenden Aktionen berichtet und Kontakte hergestellt werden, die keineswegs im Sinne der Jugendlichen sind.

Die Mutprobe und das öffentliche Bekenntnis, dazu zu gehören, erfolgen dann bei der Teilnahme einer Demonstration. Mitmarschierer fühlen sich verpflichtet, den bis dahin erst nur symbolisch erhobenen Zugehörigkeitsanspruch auch durch eigenes Verhalten einzulösen.

5. Sonstiges:

5.1 Wer soll bei Vorkommnissen unterrichtet werden?

Gewaltstraftaten müssen im Interesse des Täters wie des Opfers angezeigt werden. Häufig erleiden selbst die Täter über einen langen Zeitraum den negativen Einfluss ihrer Cliquen und deren Anführer. Dabei kann gerade die Anzeige bei der Polizei ein wirksamer Schritt sein, die Kette der andauernden Nötigung zur Straftat zu durchbrechen. Der weitere Sinn der Anzeige ist es, den Täter vor einer Wiederholung seiner Tat zu schützen und die künftigen Opfer vor dem Täter.

Bei schweren Straftaten Anzeige zu erstatten, hat nichts mit „Petzen“ zu tun. Bei entsprechenden Vorkommnissen bei Kindern und Jugendlichen können Lehrer, Erzieher oder Ausbilder – wenn sie davon zeitnah erfahren – häufig mit pädagogischen Mitteln reagieren. Anzeige ist keine Denunziation oder eine Verletzung der Kameradschaftspflicht. In vielen Fällen reichen bereits eindeutige Reaktionen des sozialen Umfeldes aus, um weitere Taten zu verhindern. Wenn ein Jugendlicher zum ersten Mal als Tatverdächtiger entdeckt und angezeigt wird, wirkt häufig schon der Kontakt mit der Polizei oder dem Jugendstaatsanwalt abschreckend und damit rückfallverhütend. Weitere strafrechtliche Sanktionen sind dann in vielen Fällen jugendtypischer Vergehen nicht erforderlich.

Wenn rechtsextreme Aufkleber (so genannte Spukies) auftauchen (an der Klotür, am Laternenmast) oder auf die Schultafel ein Hakenkreuz gemalt wird, dann ist das eine pädagogische Herausforderung, die eine entsprechende Intervention auszulösen hat. Der Situation ist nicht damit gedient, dass man die Polizei ruft und die Sache an die Justiz delegiert. Wenn junge Menschen gegen Normen verstoßen oder sogar Straftaten begehen, ist es unverzichtbar, da-

rauf klare, eindeutige und vor allem zeitnahe Antworten zu geben. Bleiben diese aus, dann besteht die Gefahr, dass Handlungsspielräume immer weiter ausgedehnt werden und Konflikte zu eskalieren drohen. Deshalb ist es wichtig, dass Erwachsene – vor allem Lehrer und Ausbilder – jungen Menschen Orientierung bieten, Grenzen setzen und sie dazu anhalten, Verantwortung für ihr Fehlverhalten zu übernehmen. So lernen sie, sich mit den Konsequenzen ihrer Tat auseinander zu setzen.

Es empfiehlt sich bei rechtsextremistischen Vorfällen aller Art den polizeilichen Staatsschutz, das Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz und Initiativen wie z.B. „KonKReTh“ (Kontakt- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Thüringen) in Erfurt zu unterrichten. Je vollständiger diese Ereignisse dokumentiert sind, desto zielgenauer sind Interventionsmaßnahmen auszurichten. Eine öffentliche Debatte über die Vorkommnisse ist oft der Auftakt dazu, dass sich die Bürger und die Kommunen dem Phänomen verantwortlich zuwenden.

5.2 Welche Schulungsmöglichkeiten bestehen und wer sind die Ansprechpartner?

Die Landeszentrale für politische Bildung Thüringen in Erfurt bietet regelmäßig Vorträge, ein- und mehrtägige Seminare zu diesen Themen an. Außerdem stellen die Landes- und die Bundeszentrale für politische Bildung eine reiche Palette an Publikationen und Büchern bereit. Die Titel können im Internet eingesehen und bestellt werden. Viele Titel sind kostenfrei und werden für geringe Versandkosten abgegeben.

Es besteht auch die Möglichkeit, dass Interessengruppen wie die Feuerwehr spezielle Wünsche an die Landeszentrale richten, die dann ein Seminar zur Problemstellung mit geeigneten Referenten organisiert. Auch Mobit in Erfurt bietet Internetauskünfte, Publikationen und Weiterbildungseminare an. Bei der Suche nach fachkundigen Referenten sind die genannten Organisationen behilflich. Auskünfte, Rat und Erfahrungen sind dort unbürokratisch erhältlich.

Bundesweit gibt es zum Phänomen Rechtsextremismus ein riesiges und seriöses Informationsangebot, interaktive Ratgeberportale und vielfältige Weiterbildungsmöglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen. Diese reichen von Lehrern und Eltern über Kommunalvertreter bis hin zu sozialen Einrichtungen und Verbänden. Partner bei einem Internetforum sind Sportverbände, der Deutsche Fußballbund, das ZDF sowie der Deutsche Feuerwehrverband (www.netz-gegen-nazis.de). Zentrales Element ist der Erfahrungsaustausch: „Was tun, wenn sich bei uns eine Nazi-Kameradschaft breit macht?“ Welche Erfahrungen haben andere Vereine oder Kommunen im Umgang mit diesem Problem gesammelt, welche Strategien und Maßnahmen haben sich bewährt?

Hinzuweisen ist auch auf den im Internet abrufbaren „Handlungsleitfaden für kommunale Entscheidungsträger in Thüringen zum Umgang mit Rechtsextremisten“, der ebenfalls vom Thüringer Innenministerium herausgegeben wird (www.thueringen.de/de/tim/schwerpunkte/verfassungsschutz). Hilfreich hinsichtlich der Vermietung von Räumlichkeiten sind das Merkblatt des Thüringer Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Arbeit „Private Vermietung von Räumlichkeiten an rechts- oder linksextremistische Gruppen“ und das Merkblatt „Vermietung von öffentlichen Einrichtungen an rechts- oder linksextremistische Gruppen“ (www.thueringen.de/de/tmwta/wirtschaft/wirtschaftsverwaltung/extremismus)

Anschriften und Internetverbindungen finden Sie in der Adressenliste.

6. Adressen und Beratung

Kampagnenseite der Deutschen Jugendfeuerwehr (DJF) unter der Schirmherrschaft von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble:

www.unsere-welt-ist-bunt.de und www.jugendfeuerwehr.de

Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz:

www.verfassungsschutz.thueringen.de

Bundesamt für Verfassungsschutz, Köln:

www.verfassungsschutz.de

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen:

www.lzt.thueringen.de

Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn:

www.bpb.de

Landesstelle Gewaltprävention im Thüringer Ministerium für Soziales, Frauen und Gesundheit, Erfurt:

www.thueringen.de/de/lsgp

„KonKReTh“ (Kontakt- und Koordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus in Thüringen):

www.konkreth.org

Ausführliche Informationen und Beratung erteilt Mobit e.V. Erfurt = Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus: www.mobit.org

Informationsplattform der Zentralstelle kompetent. für Demokratie in der Stiftung Demokratische Jugend:

www.kompetent-fuer-demokratie.de

Netz gegen Nazis.de der Amadeu Antonio Stiftung:

www.netz-gegen-nazis.de

Bundesprogramm „VIELFALT TUT GUT, Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“:

www.vielfalt-tut-gut.de

Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung, MBT:

www.gemeinwesenberatung-demos.de

Herausgeber: Thüringer Innenministerium, Steigerstraße 24, 99096 Erfurt; Telefon: 0361 37-93120, Fax: 0361 37-93123, Internet: www.thueringen.de/de/tim

Layout, Satz: Referat Presse/Öffentlichkeitsarbeit © 2009

Druck:

Redaktion: Bernd Edelmann, Klaus-Stephan Neuhoff

Eine Verwendung von Informationsmaterialien des Thüringer Innenministeriums zu Wahlwerbezwecken ist nicht gestattet!